

Haushaltsrede 2015

Fraktionsvorsitzender Sascha H. Wagner

Kreistagssitzung am Donnerstag, den 26. März 2015, Kreishaus Wesel

*****Es gilt das gesprochene Wort.*****

Sehr geehrter Herr Dr. Müller,
sehr geehrte Damen und Herren,

hier und heute als Vertreter der Wählerinnen und Wähler zu stehen, die uns im Mai letzten Jahres das Vertrauen ausgesprochen haben, erfüllt mich mit Stolz und Freude. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um zuerst der Verwaltung für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu danken. Als neue Fraktion hat man uns vorbildlich unterstützt. Angesichts der knappen Personaldecke keine Selbstverständlichkeit.

Erfreut haben wir zur Kenntnis genommen, dass Sie Herr Dr. Müller, als unser Landrat, das Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden / Für die Würde unserer Städte“ unterstützt haben. Es ist wahr: Umverteilung zwischen den Kommunen reicht nicht. Zu lange wurden Einnahmen und Kosten zu Lasten der Kommunen umverteilt.

Wenn das strukturelle Defizit der Kommunen nicht beseitigt wird, dann stehen weite Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge in Frage. Beratungsstellen, Kultur, Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und vieles mehr. Alles sinnvolle Investitionen für die Zukunft und die Lebensqualität unseres Kreises. Aber nicht pflichtig und daher aus Sicht des Gesetzgebers im Einzelnen leider entbehrlich.

Doch am Ende steht damit das von der Verfassung geschützte Recht auf kommunale Selbstverwaltung insgesamt in Frage. Denn wenn absehbar nur noch pflichtige Leistungen finanziert werden dürfen, dann kann von Selbstverwaltung keine Rede mehr sein. Dann ist die Kommune nur noch ausführendes Organ und den Kreistag können wir uns sparen. Wir Kreistagsmitglieder sind gewählt, um die kommunale Selbstverwaltung zu steuern, nicht um

„Sachzwänge“ abzunicken. Da kann unser oberstes Ziel nur sein, die Fesseln dieser Sachzwänge aufzubrechen.

Die Partei DIE LINKE schlägt dafür eine umfassende Gemeindefinanzreform vor. Zentraler Bestandteil ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer. Die würde dann, nach Abzug eines großzügigen Freibetrages, ohne Ausnahmen und Schlupflöcher, von allen wirtschaftlich Tätigen gezahlt. Diese Gemeindefinanzreform ist eingebettet in ein Gesamt-Steuerkonzept. Das einzige von Experten durchgerechnete Steuerkonzept aller Parteien.

DIE LINKE ist der Auffassung, dass die Unternehmen und die Wohlhabenden, die mehr als alle anderen von der Infrastruktur und dem Bildungsstand unseres Landes profitieren, auch zur Finanzierung dieser Infrastruktur in die Pflicht genommen werden sollten. Und gerade diese Gruppen sind durch die Steuerreformen der letzten Jahrzehnte massiv entlastet worden.

Natürlich kann eine solche Reform nicht im Kreis Wesel beschlossen werden. Aber wir können hier unsere Stimme erheben und immer wieder auf diese Missstände hinweisen. Dazu haben Sie, Herr Dr. Müller einen ersten Schritt getan. Viele weitere müssen folgen, bis wir in Düsseldorf und Berlin genug Druck aufgebaut haben, um eine wirkliche Lösung des Problems anzuschieben.

Es wird niemanden überraschen, dass wir mit dem Haushalt nicht so richtig warm werden. Zwar enthält er wenig augenfällige Grausamkeiten. Aber er schreibt die Schieflagen der Vergangenheit fort. Kultur und Soziales bleiben unterbelichtet. Alle Kürzungen der Vergangenheit haben Bestand. So fehlt etwa eine Finanzierungsgarantie für die Schulsozialarbeit. Der Haushalt ist, um es auf den Punkt zu bringen, ein Kniefall vor den Sachzwängen- ohne Mut und Visionen. Er gehorcht den wohlfeilen Rufen aus dem neoliberalen Lager nach restriktiver Haushaltspolitik.

Da wird dann immer vom Sparen geredet. Würde das zutreffen, hätten wir inzwischen bedeutende Summen auf der hohen Kante. Aber wir legen kein Geld zurück für schlechte Zeiten. Stattdessen kürzen wir bei dem, was uns letztendlich auch Einnahmen bringt.

Nicht die Leistungen des Kreises müssen sich an die Forderungen der Haushaltsdisziplin anpassen. Der Haushalt muss den Bedürfnissen unseres Kreises gerecht werden. Unsere Ausgaben sind Investitionen in die Zukunft. Dahinter stehen Menschen, Schicksale, aber auch Chancen auf künftiges Wachstum und höhere Einnahmen. Oder, etwa im Bereich der Prävention, auf niedrigere Kosten in der Zukunft. Wenn wir da knausern, können die Folgekosten in den Himmel schießen. Die Kosten der Heimunterbringung sind nur eines von vielen Beispielen.

Sprechen wir eine einfache Wahrheit aus: Kürzen ist kein Haushaltskonzept. Eine Kommune ist keine schwäbische Hausfrau. Und sie ist auch kein Wirtschaftsunternehmen. Sie hat anderen Geboten zu folgen als denen der Gewinnmaximierung. Da darf die Schulbildung niemals vom Einkommen der Eltern abhängig sein und auch der sozial Schwache muss sich Wasser und Strom leisten können.

Ungeheuerlich finden wir es, wenn Jamaika davon spricht, gewisse Teile des Haushalts „auszukehren“. Denn „ausgekehrt“ werden hier vor allem die Leistungen für sozial Schwache. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Alle anderen sind auf genau die Leistungen angewiesen, die im Zuge der Haushaltsbeschränkung als erste geopfert werden.

Beim schulpsychologischen Dienst wiederum zeigen die Zahlen mehr als deutlich, dass wir zu wenig tun. In der Stadt Wesel, wo der schulpsychologische Dienst ansässig ist, haben wir immerhin 182 Beratungen im Jahr. Im fast doppelt so großen Moers scheint die Mehrheit bei 33 Fällen kaum zu wissen, dass es das Beratungsangebot überhaupt gibt. Und die Wartezeiten liegen schon jetzt bei 6-8 Wochen. Das sind nur Beispiele. Der ganze Jugendbereich ist unterfinanziert.

In vorausgehendem Gehorsam unsere freiwilligen Leistungen zusammenzustreichen, das ist nicht unser Weg, das machen wir nicht mit. Und vor allem nicht, wenn es gegen die Beschäftigten geht, wie vom Jamaika-Bündnis vorgeschlagen. **Von dem Jamaika Bündnis wohlgermerkt, das unseren Vorschlag zur Kürzung bei den Fraktionsfinanzen abgelehnt hat.** Am Personal zu knausern ergibt bei über 46.000 Überstunden ohnehin keine Einsparung. Im

Gegenteil! Es bedeutet, dass sich die Überstundenzahl weiter erhöht. Und damit auch die dafür zu bildende Rückstellung. Von der physischen und psychischen Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einmal ganz abgesehen.

Ich frage mich auch, um das einmal dazwischen zu schieben, wie Sie Herr Kück, das ihren Wählern erklären. Verstanden sich nicht auch die Grünen einmal als soziale Partei? Wir werden Sie bei der Umsetzung der im Kreis geplanten Großprojekte wie Campus und Kreisleitstelle an diesen Beschluss erinnern. Da wird Ihnen nämlich das Personal bitter fehlen, das sie dem Kreis hier verweigern. Auch die Halbierung der Zuschüsse für die Vereine und Verbände, die Sie mit CDU und Liberalen beschließen möchten, wird uns allen mit Wucht auf die Füße fallen. Sie sägen da an ehrenamtlichem Engagement, Vereinskultur und wertvollen Angeboten aller Art, die dann entsprechend zurückgefahren werden müssen.

Ich will noch auf einige Details des vorliegenden Haushaltsplanes eingehen. Wir haben hier einen Haushalt, der bereits spitz auf Knopf genäht ist. Und aus Jamaika wurde verkündet, dass sei noch zu großzügig. Nur das Nötigste dürfe man ausgeben, das wünschenswerte sei eben derzeit nicht zu haben. Also eiligt auf dem Weg in eine Selbstbeschränkung auf Pflichtausgaben.

Und da fällt Ihnen nichts Besseres ein, als die Verschiebung von Straßen- und Gebäudeunterhaltung, die Winterschädenbeseitigung und die Kürzung verschiedener Rückstellungspositionen. Alle diese Ausgaben bedeuten aber Beschäftigung für die Unternehmen unseres Kreises. Wenn sie ausreichend zu tun haben, sind nicht nur unsere Straßen repariert, dann sind Menschen in Arbeit und es fließen Gewerbe- und Einkommenssteuern in die klammen Kommunen.

Und dann gibt es da die schwarze Heide, die so gar nicht in das Kürzungskonzept passt. Da werden jahrelang Steuergelder in eine Beteiligung gesteckt, an deren Zukunftsperspektiven keiner mehr glaubt, die eine Haaresbreite von der Überschuldung entfernt ist. Und die ohne Betriebskostenzuschuss der beteiligten Kommunen schon lange insolvent wäre.

Und es gibt auch noch DeltaPort. Da wurden die Nutzungsdauern so um 40 oder 50 Jahre verlängert und schon verbessert sich das Ergebnis über Jahre. Vielleicht auch als Kreismodell zu empfehlen?

Meine Damen und Herren, Sie sehen, warum wir mit diesem Haushalt nicht warm werden können: Er ist geschönt. Er knausert an Stellen, an denen Ausgaben sinnvoll und notwendig wären. Und man hält fest an Projekten, bei denen wir nur von Verschwendung sprechen können. Im Ergebnis haben wir einen Haushalt, der weder sozial gerecht, noch wirtschaftlich vernünftig ist.

Wir Linken wurden nicht gewählt, um die öffentliche Daseinsvorsorge vor die Hunde gehen zu lassen.

Wir wollen eine gute Infrastruktur für den Kreis Wesel.

Wir wurden nicht gewählt, um im Kreis Wesel Stellen abzubauen.

Wir wollen eine gut aufgestellte Verwaltung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger!

Wir wurden nicht gewählt um ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Beratungsangebote zu verwehren, wie hier von der AfD gefordert. Hier beginnt die Ausgrenzung auf unterster Ebene.

Und wir wurden schon gar nicht gewählt, um soziale Schieflagen fortzuschreiben.

Wir wollen einen sozial gerechten Kreis Wesel.

Darum lehnt DIE LINKE diesen Haushalt ab!

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.